

**Geschäftsführung  
Ausschuss Schutz und  
Ordnung**

Es informiert Sie	Kerstin Weber
Telefon (0202)	563 69 30
Fax (0202)	563 47 57
E-Mail	Kerstin.Weber@stadt.wuppertal.de
Datum	07.03.02

---

**Niederschrift**

**über die öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses Schutz und Ordnung am  
06.03.2002**

Anwesend sind:

**unter dem Vorsitz von**

Herrn Klaus Peter Bartsch

**von der CDU-Fraktion**

Herr Heinz-Peter Brakelmann

Herr Wolfgang Priem

für Herrn Günter Pott

Herr Rainer Spiecker

Herr Andreas Weigel

**von der SPD-Fraktion**

Herr Winfried Arenz

für Herrn Wolfgang Hahn

Herr Eberhard Hasenclever

Herr Karlheinz Emmert

Herr Arif Izgi

Frau Silke Neuschäfer

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Guido Gehrenbeck

**von der FDP-Fraktion**

Herr Tobias Wierzba

**als sachkundige Einwohner**

Herr Pol.-Dir. Rainer Blaudzun

Herr Winfried Schrahe

**von der Verwaltung**

Herr Hackländer

Geschäftsbereichsleiter

Herr Fischer

Geschäftsbereichsbüro

Herr Schulte

Innenrevision

Herren Rubert und Mehler

R 301

Herr Loewen

R 302

Herr Dr. Henning

SB 303

Herren Blätte, Brütsch und Frieß

SB 304

Herr Auer

R 002.1

Herr Beier

Personalrat

Nicht anwesend sind:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Günter Pott

**von der SPD-Fraktion**

Herr Wolfgang Hahn

**vom Ausländerbeirat**

Herr Naciri Abdeluahid

**von der Verwaltung**

Herr Stein

Ausländerbeauftragter

**Schriftführerin:** Frau Weber

**Beginn:** 16:10 Uhr

**Ende:** 17:50 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende um die Mitteilung von Änderungswünschen.

Herr Spiecker beantragt, den unter TOP 4 aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion gemeinsam mit TOP 2 zu behandeln.

Herr Hasenclever bittet darum, dass die als Tischvorlage eingereichte Drucksache Nr. 7005/02 gemeinsam mit TOP 1 besprochen wird.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass ein mündlicher Bericht der Verwaltung zum Thema `Städtisches Wohngebäude Hahnerberger Str. 99 (Feuerwache)` im öffentlichen Teil als TOP 5 erfolgt.

Die Tischvorlage `Freiwillige Feuerwehr Walbrecken` VO/0109/02 wird als TOP 6 behandelt.

Die Tischvorlage `Auflösung der Löscheinheit Ehrenberg` VO/0107/02 wird als TOP 7 behandelt.

Die Drucksache VO/0092/02 wird im nichtöffentlichen Teil als TOP 8 behandelt.

Weitere Änderungswünsche bestehen nicht.

---

### 1 **Entwurf des Etats 2002/2003 der Stadt Wuppertal** **Antrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2002** **Drs.Nr. 7003/02** **Antrag der SPD - Fraktion vom 04.03.2002** **Drs.Nr. 7005/02**

#### **Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Den folgenden Beschlußvorschlägen von CDU-Fraktion und SPD-Fraktion wird unverändert zugestimmt:

##### Beschlußvorschlag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen der auch in der Übergangswirtschaft erfolgenden Beförderungen und Besoldungsanpassungen – unter Nutzung vorhandener Handlungsspielräume – verstärkt Angehörige des mittleren Dienstes der Feuerwehr der Stadt Wuppertal von A 7 nach A 8 zu befördern.

##### Beschlußvorschlag der SPD – Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, nach der Verabschiedung und Genehmigung des Haushalts der Stadt Wuppertal, verstärkt Angehörige des mittleren Dienstes der Feuerwehr der Stadt Wuppertal von A7 nach A8 zu befördern.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

### 2.1 **Jahresbericht 2001 des Geschäftsbereichs Schutz und Ordnung** **Vorlage: VO/0093/02**

Der Ausschuss stellt Fragen zum Jahresbericht 2001. Die meisten Fragen können von der Verwaltung schon in der Sitzung beantwortet werden.

Als Anlage 1 der Niederschrift ist der Fragenkatalog des Ausschusses mit den

dazugehörigen Antworten der Verwaltung beigefügt.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Der Ausschuss Schutz und Ordnung nimmt den Bericht der Verwaltung über das Jahr 2001 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**2.2 Neubau eines Gebäudes für die Freiwillige Feuerwehr Linde  
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2002  
Drs.Nr. 7002/02**

Herr Spiecker nimmt Bezug auf die vorliegende Drucksache seiner Fraktion und bittet die Verwaltung um Mitteilung, warum im Jahresbericht auf Seite 5 unter Punkt 2.1.4 `Bauprojekte` aufgeführt ist, dass das Bauvorhaben Linde ohne zusätzliches Ausbildungszentrum realisiert werden soll, obwohl dieses im Ausschuss anders beschlossen wurde.

Herr Blätte erläutert, dass die Hochspannungsleitungen über dem Grundstück sowohl zu technischen als auch zu räumlichen Problemen bei der Realisierung eines zusätzlichen Ausbildungszentrums führen würden.

Herr Bartsch teilt daraufhin mit, dass er von einem Abbau der Hochspannungsleitungen gehört habe. Außerdem hält er das Grundstück für so groß, dass auch trotz des zu wählenden Abstandes zu den Hochspannungsleitungen das Bauvorhaben vollzogen werden könnte. Er bittet die Verwaltung um entsprechende Überprüfung.

Herr Spiecker, Herr Hasenclever und Herr Gehrenbeck unterstützen dieses.

Herr Blätte sagt zu, in dieser Sache zu ermitteln und dem Ausschuss darüber zu berichten.

Herr Hasenclever und Herr Emmert bitten um Auskunft, ob die Bauvorhaben Linde und Walbrecken beide durchgeführt werden können oder ob aus finanziellen Gründen nur ein Projekt realisiert werden kann.

Herr Hackländer erklärt, dass die Baumaßnahmen nicht miteinander kollidieren.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

1. Der Neubau eines Gebäudes für die freiwillige Feuerwehr Linde wird im Investitionsprogramm (UA 1310) auf 2003 vorgezogen.
2. Die Haushaltsstelle im Vermögenshaushalt – Verkaufserlöse städt. Grundstücke – wird um 624.000 € erhöht.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**3 Freiwillige Feuerwehr Vohwinkel / GWG Verkäufe Spitzwegstraße  
Antrag der CDU - Fraktion vom 18.02.2002  
Drs. Nr. 7001/02  
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2002  
Drs.Nr. 7004/02  
Berichterstatter: Herr Blätte**

Herr Blätte berichtet, dass die Feuerwehr in dieser Angelegenheit ein Schreiben

der GWG erhalten habe, welchem auch ein Schreiben der Fa. Häusser-Bau GmbH an die GWG beigelegt war. Beide Schreiben sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Aus diesen Schreiben geht zum einen hervor, dass die Durchfahrt neben dem Haus Spitzwegstraße 3 durch eine Baulast bei der Stadt öffentlich-rechtlich gesichert sei und zum anderen, dass die Fa. Häusser-Bau keinesfalls eine Kündigung der angemieteten Räume der Freiwilligen Feuerwehr beabsichtige. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass eine Weiterveräußerung der Objekte geplant sei.

Herr Schrahe weist auf die Besorgnis seiner Kameraden hin, die zum Teil auch Wohnungen in dem Objekt Spitzwegstraße bewohnen und finanziell nicht in der Anlage sind, ihre Wohnung käuflich zu erwerben.

Herr Hackländer unterrichtet über den gesetzlichen Kündigungsschutz und die gesetzlichen Kündigungsfristen. Er weist jedoch auch darauf hin, dass sich diese voraussichtlich nur auf die Mietwohnungen beziehen, nicht aber auf die Sozialräume der Freiwilligen Feuerwehr, da es sich hierbei um gewerbliche Räume handele. Er versichert, dass das Gebäudemanagement mit der Fa. Häusser-Bau in Verhandlungen treten werde, um über langfristige Mietverträge zu verhandeln.

Herr Blätte fügt dem hinzu, dass die Feuerwehr zur Zeit überprüfe, ob nicht ein Sozialtrakt auf das bereits bestehende Gerätehaus aufgesetzt werden kann.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Der mündliche Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**4 s. TOP 2.2**

---

**5 Städtisches Wohngebäude Hahnerberger Str. 99 (Feuerwehr)  
mdl. Bericht der Verwaltung**

Herr Hackländer berichtet, dass im städtischen Wohngebäude Hahnerberger Str. 99 (Feuerwache) erhebliche bauliche Mängel festgestellt wurden. Nachdem Hinweise an das Gebäudemanagement zu keinem Ergebnis führten, erfolgte eine Mietkürzung. Das Gebäudemanagement hat daraufhin mit fristloser Kündigung gedroht.

Die baulichen Mängel sind seit Jahren bekannt. Da das Gebäude jedoch aufgegeben und durch die Feuerwache auf Korzert ersetzt werden sollte, fand keine Sanierung statt. Das Bauvorhaben Korzert kann aber voraussichtlich erst im Jahre 2006 realisiert werden, daher muß am Hahnerberg nun dringend Abhilfe geschaffen werden.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Der mündliche Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**6**      **Neubau einer Fahrzeughalle und Anbau an das bestehende Sozialgebäude der Freiwilligen Feuerwehr Walbrecken, Spieckern 39**  
**Vorlage: VO/0109/02**

Herr Frieß fügt zur Begründung hinzu, dass das Bauvorhaben Walbrecken aus dem Baukonzept `Sanierung Freiwillige Feuerwehr` entstanden ist. Da die Baumaßnahme Freiwillige Feuerwehr Nächstebreck in Kürze abgeschlossen sein wird, wird nun die nächste Baumaßnahme vorbereitet und umgesetzt.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Dem Neubau und dem Anbau an das bestehende Sozialgebäude der Freiwilligen Feuerwehr Walbrecken zu Kosten von rund 156.000 € wird vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**7**      **Auflösung der Löscheinheit Ehrenberg der Freiwilligen Feuerwehr Wuppertal**  
**Vorlage: VO/0107/02**

Herr Hackländer weist darauf hin, dass die Drucksache daraus resultiert, dass eine Löscheinheit sich nicht eigenständig auflösen kann. Hierzu ist die Entscheidung des Rates notwendig.

Herr Emmert bittet darum, dass die Drucksache der Bezirksvertretung Langerfeld zur Kenntnisnahme weitergeleitet wird.

**Beschluss des Ausschusses Schutz und Ordnung vom 06.03.2002:**

Die Löscheinheit Ehrenberg der Freiwilligen Feuerwehr Wuppertal wird zum 31.03.2002 aufgelöst.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

Bartsch  
Vorsitzender

Hackländer  
Geschäftsbereichsleiter

Izgi  
stell. Vorsitzender

Weber  
Schriftführerin

## Fragen des Ausschusses zum Jahresbericht 2001

### Ressort 301:

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Umbau Steinweg` (s. S. 2 Nr. 2.1.1): Gibt es noch mehr „unglückliche“ Projektleiter und gibt es für die Fertigstellung einen endgültigen Stichtag ?

Herr Rubert: Die Umbauarbeiten am Verwaltungsgebäude Steinweg werden voraussichtlich am Ende des Frühjahrs abgeschlossen sein. Ein genauer Stichtag kann nicht genannt werden.

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Wartezeiten in der Meldestelle` (s. S. 2 Nr. 2.1.1): Wie hoch sind jetzt noch die Personalausfälle in der Meldebehörde?

Herr Rubert: Das personelle Defizit war absehbar. Es wurde jedoch von den zuständigen Stellen nie so ernst genommen, wie es geschildert wurde. Der Personalausfall war auf unbesetzte Stellen, Krankheitsausfälle und Urlaub zurückzuführen. Inzwischen konnte eine optimale Stellenbesetzung erreicht werden. Da das neue Personal aber zunächst noch eingearbeitet werden muß, kann erst zum Ende des Frühjahrs mit einer vollständigen Einsatzfähigkeit gerechnet werden.

### Ressort 302:

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt` (s. S 3 unten): Wie funktioniert die Arbeit im Amt trotz der unbesetzten Stellen ?

Herr Loewen: Die Verwaltungsstelle kann zur Zeit nicht besetzt werden, da das Budget fehlt. Zwar habe der Kämmerer zunächst die Zusage getätigt, dass die anfallenden Kosten aus dem Personalkostensonderfonds gedeckt werden können. Ein Einlösen dieser Zusage sei jedoch aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation noch nicht erfolgt. Die Stelle bei der Lebensmittelkontrolle kann zur Zeit nicht besetzt werden, da der Markt keine fertig ausgebildeten Lebensmittelkontrolleure aufweist. Zur Zeit findet daher eine Ausbildung im Amt statt.

- Herr Arenz zum Thema `Schwarzarbeitsbekämpfung` (s. S. 4 oben): Wie kann es sein, dass nur 700.000 DM im Jahr 2001 insgesamt eingenommen wurden, sich davon aber 500.000 DM noch im Einspruchsverfahren befinden ? Bedeutet dieses, dass die Stadt nur Einnahmen in Höhe von 200.000 DM verbuchen konnte oder handelt es sich bei den Bußgeldverfahren auch um Verfahren aus den Jahren 2000 und 1999?

Herr Loewen: Die Einnahmen wurden in der Höhe erzielt wie im Jahresbericht dargestellt. Bei der Bußgeldsumme von 500.000 € handelt es sich um zusätzliche Forderungen, die aufgrund der gesetzlichen Regelung bei Einspruchsverfahren wenn überhaupt von der Landeskasse eingenommen werden.

### Stadtbetrieb 303:

- Herr Weigel zum Thema `Auftragsgeschäft` (s.S. 4, Punkt 2.1.3): Warum werden die von der Polizei Wuppertal durchgeführten Bluttests nicht mehr in Wuppertal sondern in Düsseldorf analysiert und wieviel Jahre hat das CUI die Blutproben getestet ?

Herr Hackländer: Die Analyse durch das CUI wurde ca. 25 Jahre durchgeführt. Seit 01.01.2002 werden dem CUI keine Proben mehr zur Kontrolle eingereicht. Eine Kontaktaufnahme mit der Polizeiverwaltung führte nicht zum gewünschten Erfolg. Nun will der Polizeipräsident der Sache nachgehen.

Herr Dr. Henning: Bei der Untersuchung von Blutproben handelt es sich nicht um ein Vertrags-, sondern um ein freies Auftragsgeschäft. Früher wurden diese Untersuchungen ausschließlich durch die Kommunen durchgeführt. Eine Landesgebührenverordnung bestimmte die Höhe der Gebühren. Heute gibt es freie Wirtschaftsunternehmen, die diese Untersuchungen ebenfalls durchführen. Diese sind an keinerlei Gebührenverordnungen gebunden und bestimmen so die Preise. Eine kostendeckende Untersuchung der Blutproben ist für die Kommunen inzwischen unmöglich geworden.

#### **Stadtbetrieb 304:**

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Krankentransportabrechnung` (s. S. 5, Nr. 2.1.4): Gibt es dort noch weitere, größere Arbeitsrückstände und kann man dort noch mehr Einnahmen erwarten ?

Herr Blätte: Die Einsatzzahlen im Krankentransport steigen jährlich um 5-7 %. Während man bemüht ist die Arbeitsrückstände abzubauen, kommt durch diesen Anstieg der Einsatzzahlen immer neue Arbeit dazu. Zur Zeit ist man mit der Bearbeitung 3-4 Monate im Rückstand, was ungefähr einem Kapital von 1,5-2 Mio. € entspricht. Das Verfahren zur Abrechnung könnte optimiert werden. Hierzu ist jedoch unter anderem die Mitarbeit der Krankenkassen notwendig. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt.

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Zertifizierung` (s.S. 6): Woran liegt es, dass die Arbeit nur noch langsam vorangeht ? Kann man Besserung erwarten ?

Herr Blätte: Zur Zeit ist der Qualitätsbeauftragte der Feuerwehr dabei, den Baubereich, der auch in sein Aufgabenfeld fällt zu durchforsten und die UVV - Belange in den Griff zu bekommen. Das ist ein Teil der ISO- Arbeit, der aber nicht als Fortschritt in Form eines Meilensteines auffällt.

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Managementprogramme` (s.S. 7, Punkt 3): Wann bekommen wir die Managementprogramme ? Nach der Haushaltsberatung ?

Antwort der Verwaltung: Ja, die Vorlage der Managementprogramme erfolgt nach Abschluss der Haushaltsberatungen.

- Herr Gehrenbeck zum Thema `ehrenamtliche Freiwillige Feuerwehrmänner` (s.S.5 oben): Wie gehen wir damit um, dass die Freistellung der ehrenamtlichen Feuerwehrmänner tagsüber zum stetig wachsenden Problem wird ?

Herr Blätte: Hierbei handelt es sich um ein bundesweites Problem, welches aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung entstanden ist. Wohn- und Arbeitsplatz sind nur noch selten mit dem Ort der Feuerwache identisch. Durch eine Änderung der Einsatzstrategie wird zur Zeit versucht die freiwilligen Feuerwehrmänner tagsüber zu schonen und sie nachts voll einzusetzen. Langfristig muß jedoch ein anderer Weg gesucht werden.

- Herr Gehrenbeck zum Thema `Neueinstellungen bei der Berufsfeuerwehr` (s.S. 7 unten): Stimmt es, dass das Anforderungsprofil in Wuppertal anders ist als in Remscheid, Essen oder Solingen ? Nach meinem Kenntnisstand, werden Leute, die in Wuppertal abgelehnt wurden, in anderen Städten mit Kußhand genommen.

Herr Blätte: Da ein Feuerwehrbeamter der Kommune während seiner Dienstzeit und seiner Pension Kosten in Höhe von ca. 2 Mio. € verursacht, sollte bei seiner Einstellung auch auf seine Qualität geachtet werden. Vor der Einstellung finden folgende Schritte statt: Durchsicht der Bewerberunterlagen, Durchführung eines schriftlichen Tests, Durchführung eines Sporttests, Führung eines persönlichen Gesprächs und Besuch beim Amtsarzt. Von 100 Bewerbungen erfüllen im Schnitt nur 10% die Anforderungen. Zur Zeit ist die Personalsituation stabil. Vorhersagen für die Zukunft können jedoch nicht getroffen werden.



## Außerhalb des Jahresberichtes gestellte Fachfragen

### Ressort 301:

- Herr Izgi zum Thema `Einbürgerungen`: Worauf ist der Rückgang der Einbürgerungszahlen zurückzuführen ?

Herr Rubert: Der Rückgang der Einbürgerungszahlen ist abhängig von der Zahl der Antragstellungen. Die Art der Bearbeitung spielt hier keine Rolle.

### Ressort 304:

- Herr Weigel: Wann ist mit der Vorlage des Rettungsdienstbedarfsplanes zu rechnen ?

Herr Blätte: Das Gutachten liegt bereits vor. Zur Zeit erfolgt die Bearbeitung in der Verwaltung. Bevor der Plan dem Ausschuss vorgestellt werden kann, muß er noch dem Verwaltungsvorstand vorgelegt werden.